

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Mai 2015

Integrationsbotschafter nach Frankreich eingeladen

Französischer Innenminister lud ZUSAMMEN:ÖSTERREICH-Botschafter zu weiterem Dialog ein **[Seite 3]**

Krisenstab zu Flüchtlingsversorgung in Österreich

Maßnahmen zur Unterbringung wegen der stark steigenden Zahl von Flüchtlingen **[Seite 4]**

Flüchtlingsgipfel in Deutschland

Einigung auf ein Maßnahmenpaket zur effizienteren Bearbeitung von Asylanträgen **[Seite 6]**

EU-Kommission

Neuer Vorschlag für die Verteilung von Flüchtlingen in der EU

Europa tritt gemeinsam gegen den zunehmenden Druck durch anhaltende Flüchtlingsströme und dramatische Umstände an den EU-Außengrenzen auf. Nachdem die EU-Kommission bereits am 13. Mai eine Europäische Migrationsagenda vorgelegt hat, stellte sie am 27. Mai erste konkrete Vorschläge auf Basis ihres Konzeptes vor.

EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos sieht die neue Europäische Migrationsagenda als konkrete Antwort auf das dringende Gebot, Leben zu retten und die Länder an den EU-Außengrenzen zu unterstützen. Um dies zu garantieren, wurden neben Sofortmaßnahmen, mit denen unmittelbar auf die Krisensituation im Mittelmeer reagiert werden soll, auch mittel-

langfristige Strategien vorgestellt. Bei einer Sitzung der EU-Kommission am 27. Mai wurden erste Vorschläge des umfassenden Konzeptes zur besseren Steuerung und Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU-Staaten vorgestellt. Berechnet wird die Verteilungsquote basierend auf Bevölkerungszahl, BIP, Arbeitslosenrate sowie der Zahl bisher aufgenommener Asylwerber/innen. →

Inhalt

Neuer Vorschlag für Flüchtlingsverteilung in der EU.....	1-2
Integration in Österreich.....	3
Flucht und Asyl: Österreich.....	4
Flucht und Asyl: International.....	5
Migration Policies International.....	6
Presserückblick.....	7
Kurzmeldungen.....	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF.....	8

→ Fortsetzung von Seite 1
Neuer Vorschlag für die Verteilung von Flüchtlingen in der EU

Die Ende Mai vorgestellten Pläne umfassen zwei wesentliche Verteilungsstrategien: Einerseits eine Umsiedlung, andererseits die Neuansiedlung von Flüchtlingen.

Umsiedlung und Neuansiedlung in Österreich

Der Gesetzesentwurf zur Umsiedlung sieht vor, dass 40.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien innerhalb der nächsten zwei Jahre auf die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Laut der Europäischen Kommission handelt es sich um eine Notfallmaßnahme, da immer mehr Menschen aus Syrien und Eritrea ihre Heimat verlassen, um Zuflucht in der EU zu finden. Gemäß dem Verteilungsschlüssel müsste Österreich 3,03 Prozent der Flüchtlinge, also 1.213 Personen aufnehmen. Seitens der EU wird den Mitgliedsstaaten eine Notumsiedlungsbeihilfe von 6.000 Euro pro Flüchtling zugesagt. Im Rahmen der Neuansiedlung (Resettlement) sollen in den nächsten zwei Jahren 20.000 Flüchtlinge von außerhalb der EU angesiedelt werden. Im Rahmen dieses Programmes beträgt die Quote für Österreich 2,22 Prozent, daher 444 Personen. Die EU wird hierfür bis 2016 50 Mio. Euro bereitstellen. Innenministerin Mikl-Leitner begrüßt eine faire Verteilung und spricht sich für eine massive Entlastung Österreichs aus. Der EU-Vorschlag soll nun von

Expert/innen des Innenministeriums im Detail geprüft und analysiert werden.

Reaktionen der EU-Mitgliedsländer

Eine fairere Verteilung von Flüchtlingen wurde neben Österreich auch von anderen Ländern begrüßt, die besonders viele Asylwerber/innen aufnehmen. Widerstand kommt aus Ländern wie Frankreich oder Großbritannien. Diese sprachen sich schon im Vorfeld gegen eine Quotenregelung aus. Aufgrund einer „Opt in/Opt out“-Klausel können sich Großbritannien und Irland für eine Teilnahme entscheiden, müssen aber nicht. Dänemark hingegen unterliegt nicht den Bestimmungen zur Flüchtlingsverteilung. Ob die EU-Innenminister/innen dem aktuellen Gesetzesentwurf zustimmen werden, ist noch offen.

Sofortmaßnahmen und legale Migration

Neben dem Verteilungssystem beinhaltet die Migrationsagenda auch Sofortmaßnahmen wie etwa eine verstärkte Präsenz von Frontex auf See in den Jahren 2015 und 2016. Durch die Aufstockung der finanziellen Mittel soll etwa der sogenannte Triton-Einsatzplan umgesetzt werden. Dadurch wird die Zahl der eingesetzten Ressourcen und die geografische Reichweite

der Operation ausgeweitet. Ein weiterer Punkt der Migrationsagenda betrifft den Ausbau legaler Migrationsmöglichkeiten und das Vorgehen gegen irreguläre Migration. Dies soll zum einen durch Maßnahmen gegen Schleuserkriminalität und zum anderen durch Ursachenbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden. Durch Reformen der Richtlinie zur Blauen Karte EU soll legale Migration gefördert werden.

Gemeinsames Vorgehen gegen Schlepper

Ebenfalls auf EU-Ebene wurde ein gemeinsamer Aktionsplan gegen Schlepper präsentiert. Aufklärung, Rettung und der Kampf gegen Schlepper stellen die Hauptpunkte dar.

PERSONEN, DIE 2014 IN DER EU SCHUTZSTATUS ERHIELTEN

- Syrien (68.400 Personen bzw. 37% aller Asylwerber/innen)
- Eritrea (14.600 Personen bzw. 8% aller Asylwerber/innen)
- Afghanistan (14.100 Personen bzw. 8% aller Asylwerber/innen)

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Französischer Innenminister trifft Integrationsbotschafter

Bei einem Arbeitsbesuch am 30. April konnten Integrationsbotschafter/innen von ZUSAMMEN: ÖSTERREICH dem französischen Innenminister Cazeneuve die Initiative vorstellen. Um den Dialog fortzuführen, lud dieser die Integrationsbotschafter/innen nach Frankreich ein.

Bei dem Treffen wurden Strategien vorgestellt, wie die Initiative ZUSAMMEN:ÖSTERREICH ansetzt, um Vorurteile unter Schüler/innen abzubauen und auf Augenhöhe mit ihnen über Integration, Chancen und Herausforderungen zu diskutieren. Die Initiative stieß auf Anerkennung, Cazeneuve begrüßte die Bemühungen, Zuwander/innen Mut zu machen, sich selbst einzubringen und ihre Chancen zu nutzen. Der Erfahrungsaustausch zwischen Österreich und Frankreich soll vertieft werden und Cazeneuve lud die Integrationsbotschafter/innen spontan zu einem Arbeitsgespräch nach Frankreich ein. Das von Integrationsminister Kurz 2011 initiierte Projekt bittet Integrationsbotschafter/innen, ihre Integrationsgeschichten mit Schüler/innen zu teilen. Die Initiative wird mittlerweile von etwa 300 Integrationsbotschafter/innen unterstützt und stößt immer wieder auf internationales Interesse.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

EU-Migration nach Österreich: Deutsche an 1. Stelle

Fast die Hälfte aller in Österreich lebenden ausländischen Staatsangehörigen kommen aus einem anderen EU-Land. 2014 waren es insgesamt 518.670 Personen. Mit 165.000 sind deutsche Staatsbürger/innen die größte Gruppe aus dem EU-Ausland.

Danach sind die größten Gruppen Staatsbürger/innen aus Kroatien, Rumänien, Polen und Ungarn. Betrachtet man jedoch die Nettozuwanderung 2013, ergibt sich eine andere Reihung der Herkunftsländer: Ungarn (+8.500) lag hier vor Deutschland (+6.800) und Rumänien (+5.700). Insgesamt entfielen 2013 etwa zwei Drittel der Nettozuwanderung auf Personen aus anderen EU-Staaten (+40.214). Im Bereich der Hochschulbildung waren rund 68% der ausländischen Studierenden an öffentlichen Universitäten in Österreich EU-Staatsbürger/innen. Auch hier waren die Deutschen die am stärksten repräsentierte Gruppe. Was die Beschäftigung von EU-Bürger/innen in Österreich betrifft, lag die Erwerbstätigenquote bei EU-Ausländer/innen im 4. Quartal 2014 mit 72,4% sogar über der österreichischen Gesamtquote (71,1%).

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Höhergebildete wandern am ehesten ab

Je höher der Bildungsgrad, desto mehr Personen wandern aus Österreich ins Ausland ab. Dies trifft nicht nur auf österreichische, sondern insbesondere auch auf ausländische Studierende in Österreich zu. Besonders nach einem Doktorat ist die Abwanderung hoch.

Die Analyse der Statistik Austria der Abschlüsse 2008/09 bis 2010/11 ergab, dass 11,8% der Personen, die in Österreich ein Doktoratsstudium beendeten, innerhalb von drei Jahren ins Ausland gingen. Bei Personen mit Schulabschluss lag der Anteil hingegen bei nur etwa 1%, bei Bachelor-Absolvent/innen bei 3,3%, bei Master- bzw. Diplomabschlüssen bei 4,5%. Viele der Absolvent/innen, die das Land verließen, waren ausländische Staatsangehörige. Auch bei ihnen war die Abwanderungsquote vor allem nach einem abgeschlossenen Doktorat sehr hoch: Mehr als die Hälfte der Absolvent/innen aus Ländern außerhalb der EU zogen innerhalb von drei Jahren aus Österreich fort, bei EU-Bürger/innen (ohne Österreich oder Deutschland) war es ein Viertel, bei deutschen Staatsangehörigen ein Drittel. Auch bei Österreicher/innen war der Anteil bei Doktoratsabsolvent/innen mit 5,9% am höchsten.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: Österreich

Asyl: Länder-Quoten für unbegleitete Minderjährige

Angesichts der steigenden Zahlen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen haben die Landeshauptleute auf ihrer Konferenz am 6. Mai für eine nach einer Quote berechneten Verteilung auf die verschiedenen Bundesländer gestimmt.

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Österreich hat sich seit 2014 mehr als verdoppelt (aktuell: über 2.300). Derzeit warten mehr als 500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – viele sind in der Bundesbetreuungsstelle Ost (Traiskirchen) untergebracht – auf eine Übernahme durch eines der Bundesländer. Aufgrund dieses Zuwachses besteht laut Innenministerin Mikl-Leitner Handlungsbedarf: Die jungen Flüchtlinge sollen künftig nach einer an der Bevölkerungszahl berechneten Quote auf die Bundesländer verteilt werden. Die Landeshauptleute haben zugesagt, bis zum Sommer zusätzliche Unterkunftsplätze bereitzustellen. Sie diskutierten ebenfalls über den Tagessatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, der mit 77 Euro derzeit zu niedrig bemessen sei, um die Betreuung intensivieren zu können.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: Österreich

Mehr humanitäre Hilfe für Krisenregionen gefordert

Die Flüchtlingstragödien an den EU-Außengrenzen haben nicht nur zu politischen und gesellschaftlichen Solidaritätsbekundungen geführt. Auch die österreichische Regierung will die Entwicklungszusammenarbeit intensivieren, um die Situation in Herkunftsländern zu verbessern.

Für die Planung und Strategieentwicklung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres verantwortlich. Die EZA liegt jedoch in der Gesamtverantwortung der Bundesregierung. Außenminister Kurz sprach sich beim Ministerrat am 5. Mai für eine Anhebung der EZA-Mittel aus, um dem UNO-Ziel von 0,7% der Wirtschaftsleistung näherzukommen, und schlug u.a. vor, den Auslandskatastrophenfonds auf € 20 Mio. aufzustocken. Diese Mittel werden für unmittelbare Krisenbewältigung, für Rehabilitationsmaßnahmen und Wiederaufbau verwendet, in den letzten Jahren etwa im Kontext des Syrienkrieges, der humanitären Krise in Mali und des Taifuns auf den Philippinen. Auch auf EU-Ebene laufen Gespräche zu einer EZA-Reform und zur Möglichkeit eines gemeinsamen EZA-Topfes, in den EU-Länder gemäß ihrer Wirtschaftskraft einzahlen könnten.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: Österreich

Notlösung für Betreuungseinrichtungen: Zeltlager

Angesichts der steigenden Asylanträge wurde am 15. Mai im Innenministerium ein Krisenstab zur Versorgung von Flüchtlingen eingerichtet. Es gilt, passende Unterkünfte für Flüchtlinge in den Bundesländern bereitzustellen. Als kurzfristige Lösung werden auch Zeltlager errichtet.

Laut Innenministerium werden derzeit wöchentlich 1.000 Asylneuanträge gestellt. 35.000 Asylwerbende werden von den Ländern bereits versorgt. Für 2015 werden über 50.000 Anträge prognostiziert. Um auf den Rekordzustrom zu reagieren, haben Vertreter/innen des Innen- und Verteidigungsministeriums, der Länder, Feuerwehr und NGOs bei der Krisensitzung die Versorgung von Flüchtlingen in Kasernen, Stiften und Pfarrhöfen beschlossen. Diverse Unterbringungsangebote werden bereits evaluiert. Auch die Unterkünfte in Wien Erdberg werden wiedereröffnet, im Schubhaftzentrum Vordernberg werden Flüchtlinge zur Erstabklärung untergebracht. Um Asylsuchende vor Obdachlosigkeit zu bewahren, werden den UNHCR-Standards entsprechende Zeltlager errichtet. Der Krisenstab tagt künftig wöchentlich. Eine bessere regionale Verteilung soll die am 21. Mai beschlossene Asylrechtsreform bringen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: International

38 Millionen Binnenvertriebene weltweit

Das internationale Monitoringzentrum IDMC (Internal Displacement Monitoring Centre) hat im Rahmen des „Global Overview 2015“ alarmierende Zahlen zu Binnenvertriebenen weltweit veröffentlicht. 2014 waren 38 Mio. Menschen in ihrem eigenen Land auf der Flucht.

Im Kontext täglicher Meldungen über internationale Flüchtlingsströme macht der Bericht des IDMC deutlich, wie dramatisch auch die Situation von Menschen ist, die innerhalb des eigenen Landes vertrieben wurden. Er analysiert Binnenvertriebene als Folge von Konflikt und Gewalt in 60 Ländern und Regionen weltweit. 2014 galten 38 Mio. Menschen weltweit als Binnenflüchtlinge, 4,7 Mio. mehr als 2013. Davon sind 60% aus dem Irak, gefolgt vom Südsudan, Syrien, der Demokratischen Republik Kongo und Nigeria. In 54 der beobachteten Länder und Regionen leben Menschen seit mehr als 10 Jahren als Binnenvertriebene. Massive Auswirkungen hat das Vordringen der islamistischen Gruppe Boko Haram im Nordosten Nigerias. Auch in Europa gibt es erstmals seit Jahrzehnten einen Anstieg von Binnenvertriebenen: In der Ukraine mussten ca. 646.500 Menschen ihr Zuhause verlassen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: International

Südostasien: Bootsflüchtlinge werden abgewiesen

Nachdem bekannt wurde, dass Malaysia, Indonesien und Thailand Boote mit über 800 Flüchtlingen abgewiesen haben, wurde scharfe Kritik an dieser Praxis geübt. Nach internationalen Appellen stimmten Malaysia und Indonesien zu, die Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen.

Der Großteil der Flüchtlinge zählt zur muslimischen Rohingya-Minderheit, die aus Myanmar stammt, dort aber verfolgt wird. Auch Flüchtlinge aus Bangladesch versuchen über das Meer Malaysia, Indonesien oder Thailand zu erreichen. Bisher wurden die Flüchtlinge jedoch nicht an Land gelassen, sondern vor der Küste mit Wasser, Nahrungsmitteln und Treibstoff versorgt und wieder auf hohe See zurückgeschickt. Immer wieder mussten Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet werden. Nun haben Malaysia und Indonesien zugesagt, den 7.000 Flüchtlingen, die sich auf dem Meer befinden sollen, „vorübergehende Zuflucht“ zu gewähren. Auch Myanmar hat sich zu humanitärer Hilfe bereit erklärt. Unterstrichen wird die dramatische Lage durch den Fund von Massengräbern und Lagern in der Grenzregion Malaysia-Thailand, wo Schlepper Flüchtlinge festgehalten und gefoltert haben sollen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: International

EU: Steigende Flüchtlingszahlen aus Eritrea

Die Berichterstattungen über Flüchtlinge, die auf Booten das Mittelmeer überqueren, nehmen kaum ein Ende. Laut UNHCR versuchten 2014 über 218.000 Flüchtlinge, das Mittelmeer zu passieren. Personen aus Syrien und Eritrea stellen unter ihnen die größten Gruppen dar.

Die Fluchtgründe der Menschen sind jedoch sehr unterschiedlich: Während Syrien durch nicht enden wollende Kriegen gekennzeichnet ist, ist die staatliche Repression seitens der eritreischen Regierung mitverantwortlich für Fluchtentscheidungen. Die hohe Arbeitslosigkeit, ein unbegrenzter „nationaler Dienst“ (Militärdienst) sowie seitens der UN-Untersuchungskommission festgestellte Menschenrechtverletzungen führen dazu, dass Eritrea in den letzten vier Jahren von Rang 11 (2010) der Top-15-Flüchtlingsherkunftsländer immer weiter aufstieg. Unter allen Flüchtlingsherkunftsländern, die 2014 in einem der 44 Industrieländer einen Asylantrag einbrachten, lag Eritrea auf Rang 5. Rund zwei Drittel aller eritreischen Asylansuchen wurden 2014 in drei Ländern eingereicht: Deutschland (13.200), Schweden (11.100) und der Schweiz (6.800). Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Deutschland: Maßnahmen nach Flüchtlingsgipfel

Am 8. Mai fand im deutschen Kanzleramt ein Flüchtlingsgipfel mit Vertreter/innen aus Bund und Ländern statt. Geeinigt hat man sich auf die Erstellung eines Maßnahmenpakets zur Bewältigung der steigenden Asylantragszahlen. Laut Prognose der Bundesregierung sind für 2015 über 450.000 Asylanträge zu erwarten.

Die Details des Maßnahmenpaketes werden erst ausgearbeitet, ein Beschluss des Maßnahmenkatalogs soll bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni erfolgen. Ungeklärt ist bislang auch die Aufteilung der finanziellen Belastung zwischen Bund und Ländern. Das vorrangige Ziel der deutschen Regierung ist es, die Asylverfahren effizienter zu gestalten und so die Belastungen für alle Beteiligten zu reduzieren. Es soll auch deutlicher zwischen zwei Gruppen differenziert werden: Einerseits sollen Personen, deren Asylanträge mit größter Wahrscheinlichkeit genehmigt werden, möglichst rasch Hilfe erhalten, andererseits sollen Anträge, die vermutlich abgelehnt werden, schneller bearbeitet werden. Um die nötigen Kapazitäten zu schaffen, wird es 2.000 neue Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geben, 750 davon noch 2015. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Südafrika: Ausschreitungen gegen Immigranten

Im April kam es in den südafrikanischen Städten Durban und Johannesburg zu Ausschreitungen gegen Einwander/innen, bei denen mindestens sieben Menschen ums Leben kamen. Im Anschluss kündigte der südafrikanische Präsident Jacob Zuma an, die Migrationspolitik des Landes überprüfen zu wollen.

Die Angriffe von schwarzen Südafrikanern auf afrikanische Einwander/innen, v.a. aus Malawi, Mosambik, Simbabwe und Äthiopien, richteten sich in erster Linie gegen die Geschäfte und das Eigentum der Immigranten. Über 2.000 Ausländer/innen flohen aus Durban in Lager in der Nähe der Stadt. Als einer der Auslöser gilt eine Rede des Zulu-Königs Goodwill Zwelithini, der sein Publikum gegen Einwander/innen aufgebracht haben soll. Aber auch die hohe Arbeitslosigkeit in Südafrika (über 25%) führt zu sozialen Spannungen, schon in der Vergangenheit kam es zu Übergriffen gegen Immigranten. 2008 starben 62 Ausländer/innen bei fremdenfeindlichen Angriffen. Präsident Zuma möchte nun die Migrationspolitik des Landes überarbeiten, um nach Regierungsangaben eine geordnete Zuwanderung nach Südafrika sowie ein friedliches Zusammenleben zu fördern. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Frankreich: Flüchtlinge an EU-Grenze im indischen Ozean

Mayotte – eine muslimische Insel vor der Küste Ostafrikas – ist französisches Überseegebiet und seit Jänner 2014 Teil der EU. Abseits der Berichterstattung über die Flüchtlingsströme in die EU ist kaum bekannt, dass auch Mayotte zu einem Ziel von Flüchtlingen geworden ist, die über die Insel EU-Territorium erreichen wollen.

Nur 70 Kilometer trennen die Komoreninsel Anjouan und Mayotte. Über diese kurze Distanz versuchen zahlreiche Flüchtlinge aus Afrika und von den Komoren, die auf Platz 145 des IWF-Index der ärmsten Länder liegen, nach Mayotte und so in die EU zu gelangen. Mayotte hat etwa 200.000 Einwohner, zieht jedoch jedes Jahr etwa 60.000 Flüchtlinge aus den Nachbarregionen an. Laut Hilfsorganisationen ist die Situation besonders für minderjährige Flüchtlinge prekär: Während Erwachsene auf die benachbarten Komoren zurückgeschickt werden (2014: 20.000 Personen), dürfen Kinder und Jugendliche nicht abgeschoben werden. Sie stehen als Flüchtlinge auf der Insel unter französischem Schutz, machen den Großteil der Gesamtbevölkerung aus, sind jedoch oft von öffentlichen Leistungen ausgeschlossen. 45% der Bevölkerung auf der Insel sind unter 14 Jahre alt. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Presserückblick: Integration und Migration

Worüber wurde im April berichtet?

Auch im April stand die Flüchtlingsthematik im Vordergrund der Berichterstattung rund um Migration in Europa und auch konkret in Österreich. Darüber hinaus wurde über die Aufstockung von Sprachkursplätzen informiert, die aufgrund der steigenden Zuwanderungszahlen nötig wurde.

Nach der Flüchtlingstragödie Mitte April, bei der rund 800 Flüchtlinge im Mittelmeer ums Leben kamen, rückte die Migrations- und Asylpolitik in den Medien erneut ins Zentrum der Debatten. Neben dem Flüchtlingsgipfel der EU am 20. April standen auch Einzelschicksale von Betroffenen, Analysen der Situation und Forderungen nach neuen Maßnahmen auf europäischer Ebene im Fokus.

Verteilung von Flüchtlingen auf Bundesländer

Bezogen auf Österreich berichteten die Medien in der Asylfrage weiterhin über die Unterbringung von Flüchtlingen bzw. die Verteilung von Asylwerber/innen auf die Bundesländer. Die Frage der Länder-Quoten blieb vor allem angesichts der Prognosen von weiterhin steigenden Flüchtlingszahlen ein bedeutendes Thema. Während auf der einen Seite die schwierigen

Verhandlungen und fehlenden Unterbringungsplätze thematisiert wurden, nahmen auch positive Beispiele der Aufnahme von Flüchtlingen durch Gemeinden und Privatpersonen viel Platz in den Tageszeitungen ein.

Mehr Deutschkurse zugesagt

Auch über die wachsende Nachfrage nach Sprachkursen für Migrant/innen in Österreich und die daraus resultierenden Engpässe bei Deutschkursen wurde berichtet. Ebenso Thema war die darauffolgende Zusage zur Aufstockung der Finanzierung durch Mittel des Sozial-, des Integrations- und des Innenministeriums, um weitere 7.300 Plätze zur Verfügung stellen zu können.

Umgangssprachen in der Schule

Nach wie vor gab es auch Meldungen über Integration in der Schule und die Zahl von Schüler/innen in Österreich, die eine andere Umgangssprache haben als Deutsch. Angesichts der wachsenden Zahlen wurden Debatten und unterschiedliche Ansätze zur Förderung der Schüler/innen abgebildet.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»**Zahl der Einbürgerungen angestiegen** — Im 1. Quartal 2015 sind die Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr um 10% gestiegen. Insgesamt wurde 1.925 Personen die Staatsbürgerschaft verliehen.«««

»»»**15 Integrationsbotschafter/innen für Europa** — Die am 26. April u.a. von Minister Kurz und dem ÖIF präsentierten Integrationsbotschafter/innen sollen mit Jugendlichen in Schulen über Chancen im vereinten Europa diskutieren.«««

»»»**Fachkonferenz Prävention, Deradikalisierung & Demokratiekultur in Wien** — Am 27. April wurden die Fortschritte des Netzwerkes zur Deradikalisierung und Prävention der Stadt Wien diskutiert.«««

»»»**10. Integrationsfußball-WM in Wien** — Unter den 30 teilnehmenden Länderteams, alle mit Wohnsitz in Wien, setzte sich Afghanistan als Sieger durch.«««

»»»**MIPEX 2015-Ergebnisse vorgestellt** — Laut Migration Integration Policy Index hat sich der Indexwert seit 2007, trotz weiterer Herausforderungen, verbessert.«««

Publikationen



migration & integration.
Schwerpunkt: Frauen
zahlen.daten.fakten
Österreichischer Integrationsfonds

Die Informationsbroschüre liefert Zahlen und Fakten zur Situation von Migrant/innen in Österreich. Bestellinformationen [»» hier](#)



Tagungsband zum Symposium
„Identität“

Bundesministerium für Europa,
Integration und Äußeres

Das Thema „Identität“ stand im Zentrum des vom Bundesministerium für

Europa, Integration und Äußeres organisierten Symposiums. Der nun erschienene Tagungsband sammelt und vertieft die Beiträge der beim Symposium vertretenen Expert/innen.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Migration, Integration und Sport.
Zivilgesellschaft vor Ort

Sebastian Braun, Tina Nobis (Hrsg.)

Der Sammelband fasst Beiträge zum auch wissenschaftlich immer stärker diskutierten Thema der Bedeutung

von Sport als integrationsfördernden Faktor zusammen. ISBN 978-3-531-92831-9, EUR 45,68.

Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

9. JUNI, WIEN

Workshop „Integration und Migration“

In Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Journalistenausbildung präsentiert der ÖIF den Workshop, der mit Journalist/innen den angemessenen Umgang mit den Themen Integration und Migration in den Medien erarbeitet.

Wo: Kuratorium für Journalistenausbildung, Wien
Weitere Informationen [»» hier](#)

12. JUNI, WIEN

Konferenz „The Role of Immigrant Entrepreneurs in the Austrian Start-Up Scene“

Ausländische Unternehmensgründer/innen teilen ihre Erfahrung bei der Unternehmensgründung und geben Informationen für einen erfolgreichen Unternehmensstart in Österreich.

Wo: Webster Vienna Private University, Wien
Weitere Informationen [»» hier](#)

25.-27. JULI, GENÈVE

Konferenz „12th IMISCOE Annual Conference – Rights, Democracy and Migration – Challenges and Opportunities“

Im Rahmen mehrerer Vorträge und Workshops werden Herausforderungen und Möglichkeiten in Zusammenhang mit Recht, Demokratie und Migration erörtert.

Wo: Universität Genf, Schweiz

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



Journalistenpreis
Integration 2015

Der Preis ist aktuell zum vierten Mal ausgeschrieben. Bewerben können sich Journalist/innen, die zur Versachlichung der Debatte im Integrationsbereich beigetragen und dabei Kreativität und Engagement bewiesen haben, in den Kategorien „Print/Online“ und „TV/Radio“.

Einreichfrist: 16. Juli 2015

Weitere Informationen [»» hier](#)



Austro Vision Contest:
Siegerin des Live-Finales

Am 7. Mai gewann die aus Bosnien und Herzegowina stammende Sängerin AzRah den Austro Vision Contest. Der Bewerb wurde initiiert, um aufzuzeigen, welchen Beitrag Musiker/innen mit Migrationshintergrund zur Musikszene Österreichs leisten.

Weitere Informationen [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.